

**No. 55197\***

---

**Switzerland, Austria  
and  
Liechtenstein**

**Agreement between the Swiss Federal Council, the Government of the Principality of Liechtenstein and the Austrian Federal Government concerning cooperation in the common Border Police liaison Office of Mauren at the Schaanwald - Feldkirch - Tisis border crossing point. Mauren, 21 April 2008**

**Entry into force:** *1 July 2008 by notification, in accordance with article 10*

**Authentic text:** *German*

**Registration with the Secretariat of the United Nations:** *Switzerland, 1 June 2018*

*\*No UNTS volume number has yet been determined for this record. The Text(s) reproduced below, if attached, are the authentic texts of the agreement /action attachment as submitted for registration and publication to the Secretariat. For ease of reference they were sequentially paginated. Translations, if attached, are not final and are provided for information only.*

---

**Suisse, Autriche  
et  
Liechtenstein**

**Accord entre le Conseil fédéral suisse, le Gouvernement de la Principauté de Liechtenstein et le Gouvernement fédéral autrichien concernant la coopération dans le bureau de liaison commun de police des frontières de Mauren au point de passage frontalier de Schaanwald - Feldkirch - Tisis. Mauren, 21 avril 2008**

**Entrée en vigueur :** *1<sup>er</sup> juillet 2008 par notification, conformément à l'article 10*

**Texte authentique :** *allemand*

**Enregistrement auprès du Secrétariat de l'Organisation des Nations Unies :** *Suisse, 1<sup>er</sup> juin 2018*

*\*Aucun numéro de volume n'a encore été attribué à ce dossier. Les textes disponibles qui sont reproduits ci-dessous sont les textes originaux de l'accord ou de l'action tels que soumis pour enregistrement. Par souci de clarté, leurs pages ont été numérotées. Les traductions qui accompagnent ces textes ne sont pas définitives et sont fournies uniquement à titre d'information.*

[ GERMAN TEXT – TEXTE ALLEMAND ]

**Vereinbarung  
zwischen dem Schweizerischen Bundesrat,  
der Regierung des Fürstentums Liechtenstein und  
der Österreichischen Bundesregierung  
über die Zusammenarbeit im gemeinsamen  
grenzpolizeilichen Verbindungsbüro in Mauren an der  
Grenzübergangsstelle Schaanwald - Feldkirch-Tisis**

Der Schweizerische Bundesrat (in der Folge: die schweizerische Vertragspartei), die Regierung des Fürstentums Liechtenstein (in der Folge: die liechtensteinische Vertragspartei) und die Österreichische Bundesregierung (in der Folge: die österreichische Vertragspartei) – alle drei in der Folge: die Vertragsparteien – sind,

- in der Absicht, die Zusammenarbeit zu fördern und weiterzuentwickeln,
- unter Berücksichtigung der bestehenden Vereinbarungen zwischen den Vertragsparteien über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Sicherheits- und Zollbehörden,
- unter Einhaltung der Gesetzgebung der Vertragsparteien,

wie folgt übereingekommen:

**Artikel 1  
Grenzpolizeiliches Verbindungsbüro**

- (1) Im Staatsgebiet des Fürstentums Liechtenstein wird an der Grenzübergangsstelle Schaanwald - Feldkirch-Tisis ein gemeinsames grenzpolizeiliches Verbindungsbüro (in der Folge: Verbindungsbüro) errichtet.
- (2) In diesem Verbindungsbüro sind für die schweizerische Vertragspartei nach Liechtenstein entsandte Bedienstete des Eidgenössischen Grenzwachtkorps und für die österreichische Vertragspartei nach Liechtenstein entsandte Bedienstete der Bundespolizei zusammen mit den lagebezogen anwesenden Bediensteten der Landespolizei des Fürstentums Liechtenstein nach Massgabe des Artikels 2 dieser Vereinbarung beratend und unterstützend tätig. Diese können jeweils lagebezogen von Sicherheitsbehörden im Sinne des Vertrages vom 27. April 1999 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft, der Republik Österreich und dem Fürstentum Liechtenstein über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Sicherheits- und Zollbehörden verstärkt werden.
- (3) Das Verbindungsbüro ist entsprechend zu kennzeichnen.

**Artikel 2  
Form der Zusammenarbeit**

- (1) Die im Verbindungsbüro tätigen Bediensteten sind unter Beachtung der innerstaatlichen Behördenzuständigkeit der Vertragsparteien unterstützend und beratend tätig
  - a) bei der Förderung und Intensivierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, und des Informationsaustausches;

- b) bei der Koordination von gemeinsamen Kontroll- und Überwachungsaufgaben sowie sonstiger grenzpolizeilicher Operationen an der gemeinsamen Grenze beziehungsweise in den jeweiligen Grenzgebieten; sowie
  - c) beim Informationsaustausch zur präventiven und repressiven Verbrechensbekämpfung an der Grenze und in den Grenzgebieten.
- (2) Die im Verbindungsbüro tätigen Bediensteten arbeiten bei der Erfüllung ihrer Tätigkeiten zusammen. Sie sind dabei nicht zur selbständigen Durchführung von polizeilichen Massnahmen berechtigt und erteilen Informationen sowie erledigen Aufträge ausschliesslich aufgrund der ihnen von der entsendenden Vertragspartei erteilten Weisungen. Sie sind befugt, die ihnen von den zuständigen Behörden jeder der Vertragsparteien gestellten Anfragen nach Massgabe des jeweiligen innerstaatlichen und internationalen Rechts direkt oder in Fällen nach Artikel 3 via die Zentralstellen zu beantworten.
- (3) Die im Verbindungsbüro tätigen Bediensteten unterstehen ausschliesslich der Weisungs- und Disziplinargewalt ihrer jeweiligen nationalen Behörden, befolgen jedoch die interne Geschäftsordnung des Verbindungsbüros.
- (4) Die im Verbindungsbüro tätigen Bediensteten gewähren sich gegenseitig Schutz und Beistand.
- (5) Der durch die Tätigkeit der Bediensteten im Verbindungsbüro anfallende Personal- und Sachaufwand wird von derjenigen Vertragspartei getragen, welcher der betreffende Bedienstete angehört.

### **Artikel 3 Information der Zentralstellen**

In Fällen von übergeordneter oder überregionaler Bedeutung werden die nationalen Zentralstellen über ein- und ausgehende Ersuchen unterrichtet.

### **Artikel 4 Betriebskosten**

- (1) Die liechtensteinische Vertragspartei
- a) stellt den anderen Vertragsparteien die zur Dienstausübung erforderlichen Räumlichkeiten unentgeltlich zur Verfügung, wobei die schweizerische Vertragspartei, gestützt auf den Vertrag vom 29. März 1923 zwischen der Schweiz und Liechtenstein über den Anschluss des Fürstentums Liechtenstein an das schweizerische Zollgebiet, die Betriebskosten trägt, mit Ausnahme der Kosten für Telekommunikation;
  - b) ermöglicht den beiden anderen Vertragsparteien die Aufstellung und den Betrieb der von ihnen gesicherten Telekommunikations- und Datenverarbeitungsanlagen sowie die Errichtung der notwendigen Verbindungen zu ihren jeweiligen Netzen;
  - c) ermöglicht im Interesse der Sicherung der in dieser Vereinbarung festgelegten Tätigkeiten den Betreibern der schweizerischen und österreichischen Telekommunikations- und Datenverarbeitungsanlagen das Betreten des Staatsgebietes zur Aufstellung der Einrichtungen und zur Errichtung und Instandhaltung der Verbindungen.
- (2) Die von den Vertragsparteien in das Verbindungsbüro eingebrachten Anlagen und beweglichen Gegenstände verbleiben im jeweiligen Eigentum.

### **Artikel 5 Verantwortliche und Geschäftsordnung**

- (1) Die gemäss Artikel 1 Absatz 2 zuständigen Behörden jeder Vertragspartei ernennen jeweils einen für die Organisation der gemeinsamen Tätigkeiten und den Betrieb des Verbindungsbüros verantwortlichen Bediensteten.
- (2) Die zuständigen Behörden tauschen Listen mit den Namen der im Verbindungsbüro tätigen Bediensteten aus und informieren einander über Änderungen in der personellen Besetzung.
- (3) Die verantwortlichen Bediensteten erarbeiten innerhalb der ersten sechs Monate nach Inbetriebnahme des Verbindungsbüros gemeinsam eine Geschäftsordnung und treffen alle Vorkehrungen zur Gewährleistung eines guten Funktionierens des Verbindungsbüros.
- (4) Die Geschäftsordnung ist nach erfolgter Genehmigung durch die in Artikel 1 Absatz 2 genannten Behörden verbindlich.

### **Artikel 6 Evaluierung der Arbeiten**

- (1) Vertreter der für die in Artikel 1 Absatz 2 genannten Behörden zuständigen Dienststellen in den Grenzgebieten sowie die jeweiligen Verantwortlichen der Vertragsparteien treffen einander mindestens zwei Mal jährlich um Bilanz über die Zusammenarbeit zu ziehen und ihre jeweilige Tätigkeit zu evaluieren. Im Rahmen dieser Treffen
  - a) tauschen sie untereinander statistische Daten zur Tätigkeit des Verbindungsbüros aus;
  - b) erarbeiten sie ein neues gemeinsames Arbeitsprogramm und entsprechende Strategien für gemeinsame Aktivitäten an der Grenze oder in den Grenzgebieten; und
  - c) überwachen sie den Stand der Umsetzung dieser Vereinbarung und prüfen sie, ob diese allenfalls ergänzt oder aktualisiert werden muss.
- (2) Zum Abschluss eines jeden Treffens wird ein Protokoll erstellt.

### **Artikel 7 Ausschluss der Zusammenarbeit**

Jede Vertragspartei ist befugt, sich unter Angaben der Beweggründe zu weigern, Informationen weiterzugeben oder zu kooperieren, falls dadurch die allgemeinen Interessen oder die öffentliche Sicherheit und Ordnung des eigenen Landes gefährdet werden könnte.

### **Artikel 8 Beilegung von Streitigkeiten**

Meinungsverschiedenheiten über die Anwendung dieser Vereinbarung werden durch Verhandlungen zwischen den in Artikel 1 Absatz 2 genannten zuständigen Behörden der Vertragsparteien beigelegt. Die Beilegung von Streitigkeiten kann auch auf diplomatischem Weg erfolgen.

**Artikel 9  
Verhältnis zu anderen Regelungen**

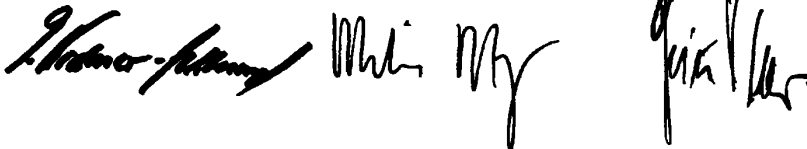
Von den Bestimmungen der vorliegenden Vereinbarung bleiben die von den Vertragsparteien in anderen bilateralen oder multilateralen Verträgen übernommenen Verpflichtungen unberührt.

**Artikel 10  
Inkrafttreten und Kündigung**

- (1) Die Vereinbarung tritt am ersten Tag des ersten Monats in Kraft, der auf den Monat folgt, in dem die dritte diplomatische Note, die die Erfüllung der für das Inkrafttreten der Vereinbarung erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen anzeigt, übergeben worden ist.
- (2) Die Vereinbarung gilt auf unbestimmte Zeit. Sie kann von jeder der Vertragsparteien auf diplomatischem Wege gekündigt werden. In diesem Fall tritt die Vereinbarung neunzig Tage nach der Notifikation der Kündigung ausser Kraft.

Geschehen zu ..... in drei Urschriften in deutscher Sprache am .....

Für den Schweizerischen Bundesrat	Für die Regierung des Fürstentums Liechtenstein	Für die Österreichische Bundesregierung
--------------------------------------	---	---



[TRANSLATION – TRADUCTION]

AGREEMENT BETWEEN THE SWISS FEDERAL COUNCIL, THE GOVERNMENT OF THE PRINCIPALITY OF LIECHTENSTEIN AND THE AUSTRIAN FEDERAL GOVERNMENT CONCERNING COOPERATION AT THE COMMON BORDER POLICE LIAISON OFFICE IN MAUREN, AT THE SCHAANWALD/FELDKIRCH-TISIS BORDER CROSSING POINT

The Swiss Federal Council (hereinafter referred to as the Swiss Contracting Party), the Government of the Principality of Liechtenstein (hereinafter referred to as the Liechtenstein Contracting Party) and the Austrian Federal Government (hereinafter referred to as the Austrian Contracting Party), all three referred to hereinafter as the Contracting Parties,

-Desiring to promote and develop their cooperation;

-Having regard to the existing agreements between the Contracting Parties on cross-border cooperation between their security and customs services,

-Having regard to the existing legislation of the Contracting Parties,

Have agreed as follows:

*Article 1. Border police liaison office*

(1) A joint border police liaison office (hereinafter: liaison office) shall be established on the territory of the Principality of Liechtenstein at the Schaanwald/Feldkirch-Tisis border crossing point;

(2) The liaison office shall be staffed, for the Swiss Contracting Party, by officials of the Federal Border Guard seconded to Liechtenstein and, for the Austrian Contracting Party, by officials of the Federal Police seconded to Liechtenstein, as well as by officials of the National Police of the Principality of Liechtenstein who may be present as circumstances require, and who shall act in an advisory and supporting capacity in accordance with article 2 of this Agreement. Staffing may be reinforced by the security services as circumstances require in accordance with the Agreement of 27 April 1999 between the Republic of Austria, the Swiss Confederation and the Principality of Liechtenstein on transboundary cooperation of security and customs authorities.

(3) The liaison office shall be marked as such.

*Article 2. Nature of the cooperation*

(1) The officials staffing the liaison office shall act in a supporting and advisory capacity within the jurisdictions assigned to their services under the national laws of the Contracting Parties while:

a) Promoting and intensifying cross-border cooperation and exchanging information;

b) Coordinating joint inspection and surveillance tasks, and other border police operations along the joint border and in the respective border areas;

c) Exchanging information to prevent and repress crime along the border and in the border areas;

(2) The officials staffing the liaison office shall cooperate in the performance of their duties. In that connection, they shall not be authorized to perform policing tasks independently and shall provide information and carry out assignments exclusively on the basis of instructions issued to them by the seconding Contracting Party. They shall be authorized to fulfil requests made to them by the competent services of each of the Contracting Parties directly or, in the cases referred to in article 3, through service headquarters, in accordance with relevant national and international law.

(3) The officials staffing the liaison office shall be subject exclusively to the hierarchical and disciplinary authority of their respective national services, while complying with the internal rules of procedure of the liaison office.

(4) The officials staffing the liaison office shall protect and assist each other.

(5) The staff and material costs arising from the activities of the officials at the liaison office shall be borne by the Contracting Party to which the relevant official belongs.

### *Article 3. Notification of service headquarters*

In cases of particular importance or extraregional significance, the national service headquarters shall be notified of incoming and outgoing requests.

### *Article 4. Operating costs*

(1) The Liechtenstein Contracting Party shall:

a) Make available to the other Contracting Parties, free of charge, the premises necessary for the performance of the relevant duties, while the Swiss Contracting Party shall, on the basis of the Treaty of 29 March 1923 between Switzerland and Liechtenstein regarding the inclusion of the Principality of Liechtenstein in the Swiss customs area, bear the operating costs, with the exception of the costs for telecommunications;

b) Allow the two other Contracting Parties to install and operate their secure telecommunications and data processing equipment and establish the necessary connections to their respective networks;

c) In the interests of making the activities under this Agreement secure, allow the operators of the Swiss and Austrian telecommunications and data processing equipment to enter its territory in order to install the relevant equipment and set up and maintain the relevant connections;

(2) The equipment and movable property contributed to the liaison office by the Contracting Parties shall remain their respective property.

### *Article 5. Responsible officials and rules of procedure*

(1) The competent services of each Contracting Party referred to in article 1, paragraph 2, shall each appoint an official responsible for the organization of the joint activities and the operation of the liaison office;

(2) The competent services shall exchange lists containing the names of the officials staffing the liaison office and inform each other of changes in staffing;

(3) Within six months of the liaison office becoming operational, the responsible officials shall jointly draft its rules of procedure and take all steps necessary to ensure its proper functioning;

(4) The rules of procedure shall be binding once they have been approved by the services referred to in article 1, paragraph 2.

#### *Article 6. Evaluation of activities*

(1) Representatives of the border-area offices of the services referred to in article 1, paragraph 2, and the responsible officials of each Contracting Party shall meet at least twice a year to take stock of cooperation and evaluate the Contracting Parties' respective activities. At those meetings, the representatives shall:

- a) Exchange statistical data on the activities of the liaison office;
- b) Establish a new joint work programme and corresponding strategies for joint activities at the border and in the border areas;
- c) Monitor the implementation of this Agreement and consider whether it needs to be supplemented or updated.

(2) Minutes of each meeting shall be prepared.

#### *Article 7. Limits of cooperation*

Each Contracting Party shall have the right to decline to share information or engage in cooperation, indicating its reasons, if sharing information or engaging in cooperation could undermine the general interests, public security or public order of its country.

#### *Article 8. Settlement of disputes*

Disputes concerning the application of this Agreement shall be settled through negotiations between the competent services of the Contracting Parties referred to in article 1, paragraph 2. Disputes may also be settled through the diplomatic channel.

#### *Article 9. Relationship with other provisions*

The provisions of the present Agreement shall be without prejudice to obligations assumed by the Parties in other bilateral or multilateral treaties.

#### *Article 10 Entry into force and termination*

(1) The Agreement shall enter into force on the first day of the first month following the month in which the third diplomatic note indicating the fulfilment of the national requirements for the entry into force of the Agreement has been delivered.

(2) This Agreement is concluded for an indefinite period. It may be terminated by any Contracting Party in writing through the diplomatic channel. In that case, the Agreement shall cease to have effect 90 days after the notice of termination.



DONE at \_\_\_\_\_ on \_\_\_\_\_ in three originals in the German language.

For the Swiss Federal Council:

[SIGNED]

For the Government of the Principality of Liechtenstein:

[SIGNED]

For the Austrian Federal Government:

[SIGNED]

[TRANSLATION – TRADUCTION]<sup>1</sup>

## **Accord**

### **entre le Conseil fédéral suisse, le Gouvernement de la Principauté de Liechtenstein et le Gouvernement fédéral autrichien concernant la coopération dans le bureau de liaison commun de police des frontières de Mauren au point de passage frontalier de Schaanwald – Feldkirch-Tisis**

Conclu le 21 avril 2008

Entré en vigueur par échange de notes le 1<sup>er</sup> juillet 2008

---

*Le Conseil fédéral suisse (appelé ci-après «la Partie contractante suisse»), le Gouvernement de la Principauté de Liechtenstein (appelé ci-après «la Partie contractante liechtensteinoise») et le Gouvernement fédéral autrichien (appelé ci-après «la Partie contractante autrichienne»), appelés ci-après «les Parties contractantes» lorsqu'ils sont cités tous les trois,*

désirant promouvoir et parfaire la coopération entre eux,

tenant compte des accords déjà conclus par les Parties contractantes concernant la coopération transfrontalière des autorités compétentes en matière de sécurité et de douane,

dans le respect de la législation des Parties contractantes,  
*sont convenus de ce qui suit:*

#### **Art. 1** Bureau de liaison de police des frontières

Un bureau de liaison commun de police des frontières (appelé ci-après «bureau de liaison») est créé sur le territoire de la Principauté de Liechtenstein, au point de passage frontalier de Schaanwald – Feldkirch-Tisis.

Dans ce bureau de liaison, des agents du Corps fédéral des gardes-frontière envoyés au Liechtenstein pour la Partie contractante suisse et des agents de la Police fédérale envoyés au Liechtenstein pour la Partie contractante autrichienne conseillent et soutiennent, conformément à l'art. 2 du présent Accord, les agents de la Police nationale de la Principauté de Liechtenstein dont la présence est requise par la situation. Les agents envoyés par les Parties contractantes suisse et autrichienne peuvent, en fonction de la situation, être renforcés par des autorités responsables de la sécurité au sens de l'Accord du 27 avril 1999 entre la Confédération suisse, la République d'Autriche et la Principauté de Liechtenstein concernant la coopération transfrontalière des autorités compétentes en matière de sécurité et de douane<sup>2</sup>.

Le bureau de liaison doit être signalé en tant que tel.

---

<sup>1</sup> Translation provided by the Government of Switzerland – Traduction fournie par le Gouvernement de la Suisse.

**Art. 2**            **Forme de la coopération**

Tenant compte des compétences internes des autorités des Parties contractantes, les agents affectés au bureau de liaison exercent des activités de soutien et de conseil

- a. en ce qui concerne la promotion et l'intensification de la coopération transfrontalière et de l'échange d'informations;
- b. en ce qui concerne la coordination de tâches de contrôle et de surveillance communes ainsi que d'autres opérations de police des frontières à la frontière commune et dans les régions frontalières de chaque Partie contractante;
- c. en ce qui concerne l'échange d'informations visant à lutter contre le crime, par la prévention et la répression, à la frontière et dans les régions frontalières.

Les agents affectés au bureau de liaison assument leurs tâches en commun. Dans ce contexte, ils ne sont pas habilités à prendre de leur propre chef des mesures policières; ils fournissent des informations et assument des missions en se fondant exclusivement sur les instructions reçues de la Partie contractante qui les a délégués. Ils sont habilités à répondre aux demandes qui leur sont adressées par les autorités compétentes de chaque Partie contractante conformément au droit national et international applicable, cela de façon directe ou, dans les cas visés à l'art. 3, par l'intermédiaire des offices centraux.

Les agents affectés au bureau de liaison ne reçoivent d'instructions que de leurs autorités nationales d'origine et relèvent exclusivement du pouvoir disciplinaire de celles-ci, mais ils se conforment au règlement intérieur du bureau de liaison.

Les agents affectés au bureau de liaison s'accordent mutuellement protection et assistance.

Les charges de personnel et les charges de biens et services découlant de l'activité des agents dans le bureau de liaison sont assumées par la Partie contractante dont relèvent les agents concernés.

**Art. 3**            **Information des offices centraux**

Dans les cas présentant une importance supérieure ou suprarégionale, les offices centraux nationaux sont informés des requêtes reçues ou émises.

**Art. 4**            **Coûts d'exploitation**

La Partie contractante liechtensteinoise

- a. met gratuitement à la disposition des autres Parties contractantes les locaux nécessaires au service; se fondant sur le Traité du 29 mars 1923 entre la Suisse et la Principauté de Liechtenstein concernant la réunion de la Principauté de Liechtenstein au territoire douanier suisse, la Partie contractante suisse assume cependant les coûts d'exploitation, à l'exception du coût des télécommunications;

- b. permet aux deux autres Parties contractantes de mettre en place et d'exploiter leurs propres installations de télécommunication et de traitement des données ainsi que de créer les liaisons nécessaires avec leurs réseaux respectifs;
- c. permet, afin d'assurer l'exécution des activités prévues dans le présent Accord, aux exploitants des installations suisses et autrichiennes de télécommunication et de traitement des données de pénétrer dans le territoire national afin de mettre en place les installations ainsi que de créer et d'entretenir les liaisons.

Les installations et biens meubles restent la propriété de la Partie contractante qui les a amenées dans le bureau de liaison.

#### **Art. 5** Responsables et règlement intérieur

Les autorités compétentes au sens de l'art. 1, al. 2, de chaque Partie contractante nomment chacune un agent responsable de l'organisation des activités communes et de l'exploitation du bureau de liaison.

Elles échangent des listes comportant les noms des agents affectés au bureau de liaison et s'informent mutuellement des modifications de l'état du personnel.

Dans les six mois suivant l'entrée en service du bureau de liaison, les agents responsables élaborent en commun un règlement intérieur et prennent toutes les dispositions propres à garantir le bon fonctionnement du bureau de liaison.

Une fois approuvé, le règlement intérieur a un caractère contraignant pour les autorités visées à l'art. 1, al. 2.

#### **Art. 6** Evaluation des travaux

Des représentants des offices exerçant dans les régions frontalières concernées les compétences des autorités visées à l'art. 1, al. 2, et les responsables de chaque Partie contractante se rencontrent au minimum deux fois par année afin de tirer un bilan de la coopération et d'évaluer le travail de chaque Partie contractante. Dans le cadre de ces rencontres, ils

- a. échangent des données statistiques relatives à l'activité du bureau de liaison;
- b. élaborent un nouveau programme de travail commun et des stratégies applicables aux activités communes à la frontière ou dans les régions frontalières;
- c. surveillent la mise en œuvre et examinent si le présent Accord doit le cas échéant être complété ou actualisé.

Un procès-verbal est établi à la fin de chaque rencontre.

#### **Art. 7** Exclusion de la coopération

Moyennant l'indication des motifs, chaque Partie contractante est habilitée à refuser de transmettre des informations ou de coopérer si cela est susceptible de porter atteinte à l'intérêt général ou à la sécurité et l'ordre publics du pays.

**Art. 8** Règlement des différends

Les divergences d'opinion portant sur l'application du présent Accord sont réglées par des négociations entre les autorités compétentes visées à l'art. 1, al. 2, des Parties contractantes. Les différends peuvent également être réglés par voie diplomatique.

**Art. 9** Relations avec d'autres réglementations

Les obligations que les Parties contractantes assument du fait d'autres accords bilatéraux ou multilatéraux ne sont pas affectées par les dispositions du présent Accord.

**Art. 10** Entrée en vigueur et résiliation

Le présent Accord entre en vigueur le premier jour du premier mois suivant la date de la remise de la troisième note diplomatique notifiant que les conditions internes nécessaires à la mise en vigueur sont remplies.

Le présent Accord est valable pour une durée indéterminée. Il peut être résilié par chacune des Parties contractantes par voie diplomatique. En pareil cas, l'accord cesse d'être en vigueur nonante jours après la notification de la résiliation.

Fait à Mauren, le 21 avril 2008, en trois originaux rédigés en langue allemande.

Pour le  
Conseil fédéral suisse:

E. Widmer-Schlumpf

Pour le Gouvernement de la  
Principauté de Liechtenstein:

Martin Meyer

Pour le Gouvernement  
fédéral autrichien:

Günther Plattner